



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/240 - 19. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Wer verändert das zweite Fernsehen?</u> Der Schwarze Peter liegt bei Dr. Adenauer Von Jürgen F. Warner Rundfunkpolitischer Referent des Vorstandes der SPD	68
2	<u>"Bis zum Letzten verteidigen"</u> Das "Staatsbewusstsein" des Herrn Meyers	28
3 - 4	<u>Grossreinemachen in der Türkei</u> Tiefe politische Hintergründe im Prozess Menderes Die Ausschreitungen in Konstantinopel und Smyrna 1955 Von Dr. Basil Mathiopoulos	71
5	<u>Anschlag auf die Gemeinden</u> Zur Wahrung der Spitzenorganisationen der deutschen Kommunalverbände	48
6	<u>Palletten - Schuten - Stauerei</u> Kleiner Hamburg-Spiegel jetzt in 15 Sprachen	44

* * * *

Wer verhindert das zweite Fernsehen?

Der Schwarze Peter liegt bei Dr. Adenauer

Von Jürgen F. Warner

Rundfunkpolitischer Referent des Vorstandes der SPD

In dem Dschungelkrieg, den Adenauer nun schon seit Jahren führt, um sich das Fernsehen dienstbar zu machen, benutzen er und seine Handlanger ein Standardargument als moralisches Alibi für das Streben nach wahlpublizistischer Fernsehmacht. Es ist die Behauptung, die Länder-Rundfunkanstalten seien unfähig, ein zweites Fernsehprogramm zu entwickeln; sie hätten sich nie ernsthaft um dessen Vorbereitung bemüht. Weil die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten derart versagt hätten, müsse der Kanzler, als treusorgender Freund des Fernsehpublikums, mit seiner Ein-Mann-Gesellschaft in die Bresche springen, damit die Zuschauer endlich ein zweites Programm bekämen.

Diese - um es höflich auszudrücken - grobe Unwahrhaftigkeit wird auch durch ständige propagandistische Wiederholung nicht zutreffender. Ein Blick in die Archive der Bundespost und Rundfunkanstalten zeigt eindeutig, wer das zweite Fernsehprogramm verzögerte.

Bereits am 12. Juni 1957 unterrichtet der federführende Intendant der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten den Postminister, dass die Arbeitsgemeinschaft "Vorbereitungen für ein zweites Fernsehprogramm trifft"; die Bundespost möge Vorkehrungen für die Bereitstellung der nötigen Wellenbänder treffen.

Am 6. Juli 1957 erwidert der Postminister, die Bundespost habe "Über die Verwendung der Frequenzbereiche IV und V bestimmte Vorstellungen" und deshalb könne er "im gegenwärtigen Zeitpunkt" keine Zuteilung vornehmen.

Am 12. September 1957 antworteten die Rundfunkanstalten mit dem Hinweis, "dass sie an der Auffassung festhalten, dass Frequenzbereiche, die international als Rundfunkfrequenzen festgelegt sind, den Rundfunkanstalten ... zugeteilt werden müssen" und drängen auf "sehr baldige Zuweisung einiger Frequenzen", um ihre Vorbereitungen für das zweite Programm praktisch erproben zu können.

Anfang Juli 1958 teilen die Anstalten dem Minister mit, dass sie nunmehr in der Lage seien, "ein zweites Fernsehprogramm bis 1960" zu ermöglichen, wenn "die notwendigen Frequenzen alsbald zur Verfügung gestellt werden".

Am 16. Juli 1958 erwidert der Minister, er könne vor Entscheidung über den Antrag der CDU/CSU im Bundestag "nach dem ein zweites Fernsehprogramm nicht durch die bestehenden Rundfunkanstalten veranstaltet" werden soll, den Länderanstalten keine Frequenzen zuweisen. Er warnt die Rundfunkintendanten, ihre Vorbereitungen für ein weiteres Fernsehprogramm fortzusetzen.

Am 11. September 1958 beantworten die Rundfunkanstalten dieses seltsame Schreiben. Sie weisen auf ihre gesetzlichen Rechte hin und auf ihre sich daraus ergebende Verpflichtung, ein zweites Programm technisch und künstlerisch vorzubereiten.

Am 12. November 1959 stellt dann der Norddeutsche Rundfunk, der mit seinen Vorbereitungen am weitesten vorangekommen ist, den offiziellen Antrag auf Frequenzen für ein zweites Fernsehprogramm.

19. Oktober 1960

Am 18. März 1960 erst schreibt daraufhin der Postminister, dass er "augenblicklich nicht in der Lage" sei, über diesen Antrag, angesichts der "gegenwärtigen rundfunkpolitischen Beratungen" zu entscheiden und wiederholt die gleiche, kaum verschleierte Ablehnung, nochmals am 2. September 1960.

So wurden mehr als drei Jahre lang die technischen und organisatorischen Vorbereitungen der Rundfunkanstalten sabotiert. Wo liegt die Schuld? Bei dem angeblich fehlenden Interesse der Anstalten an einem zweiten Programm, oder bei Dr. Adenauer, zugunsten dessen fernsehpolitischen Plänen sich die Post querlegte?

Es ist den Rundfunkanstalten noch anzurechnen, dass sie im Interesse der Zuschauer trotzdem ihre Vorbereitungen fortführten. Sie können mit Beginn des Jahres 1961 ein zweites Fernsehprogramm liefern. Da die Post über genügend Frequenzen für drei Programme verfügt, würde Adenauers Deutschland-Fernsehen-GmbH nicht einmal behindert werden, wenn die Länderanstalten die beantragten Wellen erhalten. Werden diese den Anstalten trotzdem verweigert, so liefert Dr. Adenauer den endgültigen Beweis, dass er für seine parteipolitische Deutschland-Fernsehen-GmbH ein Programm-Monopol anstrebt. Er muss dann eingestehen, dass ihm der Wunsch der Zuschauer, bald ein zweites Programm zu bekommen, völlig gleichgültig ist.

- + +

"Bis zum Letzten verteidigen"

sp - Wer am Dienstag der Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag über die Schaffung eines "NRW-Staatsbewusstseins" beiwohnte, musste sich unwillkürlich fragen, ob Ministerpräsident Meyers (CDU) nicht andere Sorgen hat, als dem Hohen Haus einreden zu wollen, "sein Land" müsse endlich einen Landesorden haben. Das gespenstische Verhalten des Landesvaters wurde zur Tragikomödie, als Herr Meyers sogar erklärte, er werde den NRW-Staatscharakter "bis zum Letzten verteidigen". Dass die Opposition (SPD und FDP) ob solcher skurrilen Duodesfürsten-Manieren in Harnisch geriet, ist nicht verwunderlich. -

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers hatte in den vergangenen Wochen und Monaten mehr als eine Gelegenheit, den Staatscharakter von NRW "bis zum Letzten" zu verteidigen. Das war bei der Auseinandersetzung der Ministerpräsidenten unserer Bundesländer mit Konrad Adenauer über das zweite Fernsehen. Zuerst spuckte Herr Meyers grosse Töne, er wollte die Souveränität auch seines Landes in Fragen Rundfunk und Fernsehen - entsprechend dem Grundgesetz - gegenüber dem Alleininhaber der neuen Fernsehgesellschaft, Dr. Adenauer, wahren. Wie es heisst, habe eine Unterhaltung in Bonn genügt, um den nordrhein-westfälischen Staatscharakter in die Ecke zu stellen und die Zustimmung zur Unterzeichnung jenes Dokumentes anzukündigen, das wirklich nicht von einem Düsseldorfer Staatsbewusstsein zeugt. Vielleicht ist es das schlechte Gewissen, das Herr Meyers jetzt dazu treibt, so zu tun, als wäre er wirklich der s uveräne Fürst des grössten deutschen Bundeslandes. Mit der "Verteidigung bis zum Letzten" sollte Herr Meyers jedoch vorsichtig sein, denn nach einem alten deutschen Sprichwort beissen den Letzten bekanntlich die Hunde

+ + +

Grossreinemachen in der Türkei

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der Prozeß gegen die führenden Köpfe des Regimes Menderes auf Yassi Ada bildet einen der aufsehenerregendsten Höhepunkte in der wechselhaften Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg. Die Methoden und die Art der Vorbereitung des Prozesses erwecken Skepsis und heftige Bedenken an der Lauterkeit der zuständigen Justiz, so z.B. wegen der vorausgegangenen Revision des Strafgesetzes. Nicht wenig Aufsehen erregt die Anklage gegen 500 ehemalige Würdenträger, besonders wenn man bedenkt, daß man selbst im kommunistischen Lager seit Ende der Stalinära mit Schauprozessen recht sparsam geworden ist.

In Yassi Ada läuft kein national isoliertes Geschehen ab. Die Balkanvölker verfolgen mit Spannung den angelaufenen Prozess, der nach der geschichtlichen Erfahrung eventuell Einfluß auf die Nachbarstaaten und deren Entwicklung haben könnte. So brachte die Jungtürkenrevolution des Jahres 1908 auf dem ganzen Balkan eine Reihe von Umwälzungen mit sich. 1909 folgte in Griechenland ein Militärputsch und alle Balkanvölker begannen allmählich ihre Staatsform demokratischen Grundsätzen anzupassen.

An der Stirnwand über den Köpfen des Kollegiums der acht Hauptrichter ist die Parole zu lesen: "Die Justiz ist das Fundament des Volkswohls". Wird auf Yassi Ada wirklich die Justitia, d.h. die Gerechtigkeit das maßgebliche Wort sprechen?

In den ersten Tagen geht es um ein Geschenk des Königs von Afghanistan an den vormaligen Staatspräsidenten Celal Bayar, um einen Hund. Bayar hatte seinerzeit den mit 1 000 Dollar taxierten Vierbeiner für nicht weniger als 20 000 Dollar an einen Zoo in Ankara verkauft, angeblich um vom Erlös in einem entlegenen Dörfchen einen Brunnen bauen zu lassen.

Wenn der Bocksfuß an dieser Geschichte gefunden ist, muß das Hohe Gericht am 19. Oktober ein wirklich heißes Eisen anpacken. Die blutigen Ausschreitungen in Konstantinopel und Smyrna im September 1955 gegen die dort lebenden Griechen. Der damalige türkische Außenminister Zorlu befand sich zwar zum fraglichen Zeitpunkt auf einer

Konferenz der im Zypernkonflikt beteiligten Länder in London, er ist jedoch nach dem eindeutigen Urteil der Tatsache als der Initiator dieser Prognose anzusehen. Die türkische Regierung hatte ihren Konsul in Saloniki Mehmet Ali Tsetiner Anweisung gegeben, das Konsulatsgebäude anzuzünden und dann als Verbrechen griechischer Fatalisten zu brandmarken.

Für dieses kaltblütig geplante Staatsdelikt werden jetzt neben dem ehemaligen Staatspräsidenten Beyer, Ministerpräsident Menderes, Außenminister Zorlu und dem früheren Minister Kioprulu die damaligen Präfekten von Konstantinopel Giokay und Hantimli, der Chef des Sicherheitsdienstes Eris und die Konsuln und Vizekonsuln von Saloniki zur Rechenschaft gezogen. Bezeichnend für die Reaktion der türkischen Öffentlichkeit ist der Kommentar von Radio Ankara: "Das türkische Volk wird jetzt erfahren, wer in Wirklichkeit die Leute waren, die am 6. und 7. September 1955 Konstantinopel in eine Ruine verwandelten, die den nationalen Wohlstand zerstörten und die türkische Ehre vor aller Welt beschmutzten!"

Verständlicherweise hätten diese blutigen Ausschreitungen damals zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen zwischen Athen und Ankara geführt, gefährdeten die Südostflanke der NATO und drohten einen griechisch-türkischen Krieg auszulösen. In der Folge wurde dann die Zypernfrage als akutes Problem innerhalb der westlichen Welt hochgespielt und die unklare Haltung seiner westlichen Verbündeten hatte das griechische Volk äußerst enttäuscht und verbittert. Beigetragen zu dieser Mißstimmung hatte ein sehr fragwürdiger Akt des damaligen amerikanischen Außenministers John Forster Dulles, der bereits am Tage nach den Ausschreitungen der Regierung in Athen in ultimativer Form eine Botschaft zugehen ließ, in der er nahelegte, um der "Solidarität der freien demokratischen Welt" willen nichts gegen die Türken zu unternehmen.

Die griechische Öffentlichkeit, die vom Augenblick der blutigen Ausschreitungen an um die wahren Hintergründe wußte und die eigentlichen Drahtzieher kannte, wartet nicht nur um der historischen Gerechtigkeit willen auf die Urteilsverkündung. Die türkischen Richter in Yassi Ada können den möglichen Beweis dafür liefern, daß es über die oft zweifelhaften Interessen einer angeblich "nationalen Staatsräson" hinaus ein echtes Fundament der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Völkern geben kann.

Anschlag auf die Gemeinden

sp - Unter dem Vorwand der "Mittelstandshilfe" bereiten einflußreiche, in der Regierung einflußreiche Interessenten einen Angriff auf die Finanzkraft der Gemeinden vor. Für unzählige mittlere und kleinere Gemeinden ist der Ertrag aus der Gewerbesteuer die Grundlage ihrer Haushaltsgebarung, bei manchen Gemeinden macht er 50 bis zu 90 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Erfolgt keine Senkung dieser Steuer im geplanten Umfang, ohne daß ein Finanzausgleich eintritt, dann wären viele Gemeinden am Ende ihres Lateins, sie stünden vor außerordentlichen Schwierigkeiten. Im Bundesfinanzministerium spielt man mit solchen Plänen, die Versuchung angesichts der im nächsten Jahr zu erfolgenden Bundestagswahlen, Wahlspeck reichlich zu verschenken, ist gar zu groß; die Gemeinden sollen dann eben sehen, wie sie damit fertig werden.

Das Argument mit der "Mittelstandshilfe" durch Senkung der Gewerbesteuer hält einer sachlicher Überprüfung nicht stand. Die Lage des Mittelstandes würde nur unerheblich, seine Wettbewerbsfähigkeit überhaupt nicht verbessert werden. Der zu erwartende Nutzen für einige Wenige stünde in keinem Verhältnis zum Schaden für die Allgemeinheit. Nach sorgfältigen repräsentativen Untersuchungen würden die Gemeinden mit der vorgesehenen Gewerbesteuerreform mehr als 1,7 Milliarden verlieren. Ihre Lebensrechte, die im Bundestag bei der Grundsteuerdiskussion und beim Lückeplan ebenso beiseite geschoben wurden wie bei der einmütig vorgetragenen Bitte um eine wirksame Schulbauhilfe, würden damit erneut schwer beeinträchtigt. Eine Untersuchung, wohin das den Gemeinden entzogene Geld fließen würde, zeigt, daß hiervon in erster Linie die Kapitalgesellschaften und die größeren Betriebe profitieren würden, während mehr als 30 Prozent aller gewerblichen Unternehmen bei dieser "Reform" so gut wie leer ausgehen.

Es hat schon sein besonderes Gewicht, wenn zum Beispiel der Deutsche Gemeindeflag, die Spitzenorganisation der 23 000 kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreistag dieser Tage in Bad Godesberg schwere Bedenken gegen diese finanzielle Blutabnahme bei den Gemeinden geltend machten, wird doch hier die Selbsterverwaltung an ihrer Wurzel getroffen. Was bleibt den Gemeinden übrig, gelänge es der Bundesregierung, ihre Absichten zu verwirklichen? Sie wüßten ihre ohnehin schwere Schuldenlast von 12 Milliarden stark erhöhen, oder aber für die Förderung des Gemeinwohls lebenswichtige Ausgaben unbarmherzig drosseln. Noch lasten auf den Gemeinden große Aufgaben. Man denke nur an den Schulausbau, - wäre dann überhaupt der Übergang von der achten zur neun- und zehnklassigen Volksschule zu bewerkstelligen? - an die Bekämpfung der zur Lebensgefahr gewordenen Verkehrsnot in den Städten, an die Krankenhäuser, wahrhafte Stiefkinder unseres Wirtschaftswunders, an den sozialen Wohnungsbau und vieles andere mehr.

Es ist eine Binsenwahrheit: der freien Staatsbürger kann es ohne die freie Gemeinde nicht geben. Beharrt die Regierung auf ihre, die Finanzkraft der Gemeinden schwer beeinträchtigenden Pläne, ohne auf andere Weise für einen Ausgleich zu sorgen, werden sich die Gemeinden vor eine Lage gestellt sehen, die sie ganz nicht mehr meistern dürften. Die Folgen hätten alle Bürger zu tragen.

Palletten - Schuten - Stauerei

rh. - Der alljährlich erscheinende und stets auf den neuesten Stand der Entwicklung gebrachte "Kleine Hamburg-Spiegel" enthält für 1960 ein "Wörterbuch" Hamburger Spezialitäten im Hafen und in Handelskontoren, das ohne Zweifel einem grossen Informationsbedürfnis der Besucher der Freien und Hansestadt sowie aller binnendeutschen Freunde des Walthafens nachkommt. So können sie jetzt nachlesen, daß "Palletten" nicht mit der Malerei zu tun haben, sondern flache Holzunterlagen mit Doppelboden sind, die für die rationelle Beförderung und Stapelung von Stück- und Sackgut durch die Gabelstapler verwendet werden. "Schuten" wiederum sind kein Gemüse, sondern offene oder gedeckte Eisenschiffe für den Schleppeverkehr mit einer Tragfähigkeit von 100 bis 200 Tonnen, mit denen die Güter innerhalb des Hafenbereichs befördert werden. Die "Stauerei" schliesslich ist der Hafenbetrieb für das sachgerechte und rationelle Unterbringen der Güter in einem Schiff, was man "stauen" nennt. Die Arbeiter bei einer Stauereifirma sind die "Schauerleute."

Von A bis Z gibt es in diesem kleinen Wörterbuch eine Menge von oft sonderbaren Ausdrücken und Bezeichnungen, die jeder Hamburger geläufig sind, aber leicht missverstanden werden können. So wird z.B. im Hamburger Hafen dann "Rund um die Uhr" gearbeitet, wenn zur schnellen Abfertigung eines Schiffes alle Schichten eingesetzt werden. Die "Schicht" ist der Arbeitsabschnitt zum Löschen und Laden von Gütern. Von Montag bis Freitag wird in drei Schichten gearbeitet, am Samstag und Sonntag kann es vier Schichten geben. Bei dem Löschen und Laden spielt das "Schiffsgeschirr" eine grosse Rolle. Es handelt sich dabei um kordfeste Hebeeinrichtungen, mit denen der Umschlag der Ladung vorgenommen werden kann. Die an den Masten befestigten schwenkbaren Bäume mit Seilwinden heissen "Ladebäume", sie werden über eine Winde (Motor) betrieben. Das Schiffsladegeschirr ist deshalb so wichtig, weil es in vielen Fällen die Kräne ersetzen muss. Nicht jeder Hafen hat so viele feste und bewegliche Kräne wie der Hamburger Hafen: derzeit sind rund 900 Kaikräne, zahlreiche schwimmende Schwerlastkräne sowie 16 schwimmende und 44 landfeste Getreideheber vorhanden, ferner für Kohle, Erze und Düngemittel 35 Greiferbrücken.

Der Kleine Hamburg-Spiegel, der alles Wissenswerte über die Entwicklung und den Wiederaufbau von Stadt und Hafen nach dem letzten Kriege enthält, ist diesmal in 15 Sprachen erschienen. Neben Deutsch sind es Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Dänisch, Schwedisch, Finnisch, Norwegisch, Niederländisch, Portugiesisch, Tschechisch, Polnisch, Arabisch und Afrikaans. Es sind also alle Länder und Gebiete vertreten, mit denen Frachten der Hamburger Hafen zu tun hat. Alle diese Sprachen und noch andere sind im Hamburger Hafen zu hören, der ja zu den vier grössten Walthäfen Europas gehört.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel